

Bericht
des Haushaltsausschusses
(13. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung
über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf
eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der
Verwendung von Steinkohle in Kraftwerken und des Gesetzes
zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes in der Elektrizitäts-
wirtschaft

— Drucksachen V/3549, V/4144 —

Bericht des Abgeordneten Westphal

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 10. Juni 1969 den Gesetzentwurf — Drucksache V/ 3549 — in der Fassung des Schriftlichen Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Mittelstandsfragen — Drucksache V/4144 — als Finanzvorlage nach § 96 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages behandelt.

Der Haushaltsausschuß hat festgestellt,

1. daß nach dem Ersten Verstromungsgesetz ein Steuerausfall ab 1970 in Höhe von 50 Millionen

DM eintreten wird. Dieser Steuerausfall ist in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

2. daß keine Änderung der Gesamtbelastung aus dem Zweiten Verstromungsgesetz eintritt,
3. daß keine finanziellen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt 1969 eintreten werden,
4. daß im übrigen die entstehenden Kosten in dem Gesamtbetrag von 1,65 Mrd. DM, die die mittelfristige Finanzplanung vorsieht, aufgefangen werden können.

Bonn, den 10. Juni 1969

Der Haushaltsausschuß

Schoettle
Vorsitzender

Westphal
Berichterstatte